

Grosser Gemeinderat Interlaken

Protokoll der 1. Sitzung

Dienstag, 31. Januar 2023, 19:00 Uhr
Kunsthaus Interlaken

Vorsitz Amacher Sabrina, EVP
Stimmen-
zählende Nyffeler Christian, SVP
Frederiksen Lars, GLP

	<i>weiter anwesend</i>	<i>abwesend</i>
FDP	Trafelet Michelle, Boss Pia, Chevrolet André, Michel Paul, Fuchs Oliver, Daumüller Fredi, Rügger Roger	
SVP	von Allmen Marcel, Roth Andreas, Schenk Daniel, Brönnimann Alexandra, Häsler Erich	Bozic Marko
SP	Simmler Dorothea, Simmler Florian, Thali Irene, Liechi Anja, Holzer Jürg, Aulbach Adrian	
GLP	Nyffeler-Lanker Manuela, Zürcher Ueli, Foiera-Brönnimann Franziska, Käser-Klossner Christine	
Grüne	von Hintzenstern Susanne	Hänggi Sandra
EVP	Dummermuth Andreas	
EDU	Reichen Josia	
<i>ohne Stimmrecht</i>		
JUPA		Mühlemann Aimé
Gemeinde- rat	Ritschard Philippe, Boss Kaspar, Betschart Christoph, Christ Franz, Fuchs Nils, Michel Peter, Ritschard Andreas	
Protokoll	Iseli Barbara	

Traktanden

1. Protokoll
2. Ersatzwahl in die Wirtschafts- und Tourismuskommission
3. Sanierung Gemeindehaus, Ausführungskredit
4. Interpellation Amacher, Abklärung eines Zusammenschlusses der Schulen der erweiterten Bodeligemeinden, Beantwortung
5. Orientierungen/Verschiedenes

Antrittsrede der neuen Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Sabrina Amacher erzählt, dass ihr Sibylle Hunziker vom Berner Oberländer vor dem Interview die Frage gestellt habe, wo sie eher die Bürde dieser Würde sehe, und diese Antrittsrede sei das, was sie am wenigsten gerne mache. Sie habe sich dazu entschieden etwas Kurzes über sich zu erzählen, wie sie zur Politik gekommen sei und was ihr dabei wichtig sei.

Sie sei in Muttenz Baselland aufgewachsen, der drittgrössten Stadt in Baselland mit knapp 18'000 Einwohnern. 2007 sei sie ihrem Mann gefolgt nach Matten, dann nach Unterseen und 2009 konnten sie ihr Eigenheim in Interlaken beziehen. Sie habe also schon in allen drei Bodeli Gemeinden gewohnt. Wie so viele, die von auswärts hierher ziehen, habe sie am Anfang gar nicht realisiert, dass es drei Gemeinden seien, da sie grösseres gewohnt war. Im Laufe der Zeit habe sie viele Menschen auf dem Bodeli kennen gelernt und fand es nicht immer leicht mit diesen Oberländern, die sie manchmal nicht verstand, was aber nicht am Dialekt lag. Sie blieben sehr gerne unter sich und machten es einem nicht so einfach näher an

sie heran zu kommen. Nach mittlerweile 16 Jahre habe sie langsam verstanden wie sie ticken und fühle sich sehr wohl auf dem Bödeli.

2013 sei sie angefragt worden, ob sie nicht für die EVP auf die GGR Liste möchte? Zuerst habe sie dankend abgelehnt, da sie nicht wirklich eine Ahnung von Politik geschweige denn von einem GGR hatte.

Wie es so laufe wurde sie «bearbeitet» und sagte zu, da die Werte der EVP mit ihren im Großen und Ganzen übereinstimmten. Als nächstes wurde sie dazu überredet, zweimal auf die Liste zu kommen. Da habe sie zuerst eine GGR-Sitzung besucht und sei danach überzeugt gewesen, dass es ja noch interessant wäre und sie das noch machen könnte. Und dann sei sie tatsächlich gewählt worden und sitze jetzt hier, in ihrem siebten Amtsjahr im GGR und dieses Jahr sogar als GGR-Präsidentin. Es sei ihr eine grosse Ehre, dieses Amt ausüben zu dürfen, trotz der einen oder anderen Bürde.

Aber nicht nur das GGR-Präsidium sei ihr eine Ehre, sondern auch, dass sie im GGR sitzen und die Stimme ihrer Wählerschaft sein dürfe. Obwohl es nicht immer einfach sei herauszufinden, was die Wählerschaft möchte und ob die eigene auch deren Meinung sei? Sie denke, das gehe allen hier so, aber solange sich die GGR-Mitglieder diese Frage stellten, ob das jetzt nur Eigeninteresse sei oder auch das Interesse von vielen anderen, sei die Gefahr klein, dass sie völlig daneben lägen.

Auch sei es die Aufgabe des Rats, die anderen Meinungen der Mitparlamentarierinnen und -parlamentarier anzuhören und auch diese genauer zu hinterfragen, denn sie könnten ja auch richtig sein. Dafür müsse man seine Perspektive wechseln und den Blickwinkel dieser Person einnehmen und nicht gleich von Anfang ablehnen, weil sie vielleicht aus einer Partei komme, die einem nicht so genehm sei. In ihrem Beruf als Arbeitsagogin sei es eine ihrer zentralen Aufgaben die Perspektive zu wechseln, denn nur so könne sie verstehen, was ihre Klienten benötigen, um ihren Arbeitsalltag zu bewältigen und ihre Hindernisse überwindbar zu machen, damit sie in der Gesellschaft teilhaben könnten.

Sie wünsche sich für den GGR, dass sie in diesem Jahr Perspektiven wechseln und mehr miteinander als gegeneinander politisieren würden. Es brauche alle mit ihren Erfahrungen und ihrem Wissen, egal ob rechts oder links oder eher in der Mitte politisiert werde, denn nur gemeinsam würde man weiter kommen und Lösungen und auch Kompromisse finden und aushandeln. Ihr persönlich bereite es Freude hier zu sein und ein Teil dieses wertvollen Instruments GGR zu sein und sie möchte noch ein paar Jahre weiter machen mit vielen Perspektivenwechseln. Zum Schluss wünsche sie allen ein spannendes und lösungsorientiertes politisches Jahr.

1 **B3.D** Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

Protokoll

Beschluss:

Das Protokoll der 5. Sitzung vom Dienstag, 13. Dezember 2022, wird genehmigt.

2 **T1.A** Organe, Behörden, Gremien (Touristik, Gastgewerbe, Sport)

Ersatzwahl in die Wirtschafts- und Tourismuskommission

Manuela Nyffeler schildert, dass es schwierig gewesen sei, jemanden für die Kommissionsarbeit zu finden. Sie schlägt im Namen der GLP Marlis Balmer als Ersatz für Catherine Mühlemann vor. Marlis Balmer führe zusammen mit ihrem Mann Ueli Balmer den Bauernhof Lanzenen, arbeite bei der Spitex als Pflegefachfrau, sei Mutter dreier Kinder und Mitbegründerin des Elternrats sowie des Projekts Solawi.

Beschluss:

Auf Antrag der Grünliberalen Partei und als Ersatz für die zurückgetretene Catherine Mühlemann wird Marlis Balmer, 1978, für den Rest der laufenden Amtsdauer vom 21. Februar 2023 bis 31. Dezember 2024 als Mitglied der Wirtschafts- und Tourismuskommission gewählt.

(einstimmig)

3 L3.03 Gemeindehaus**Sanierung Gemeindehaus, Ausführungskredit**

Andreas Roth erklärt, dass die Geschäftsprüfungskommission ihre Bemerkungen schriftlich eingereicht habe. Die GPK danke dem Gemeinderat für die ausführlichen Unterlagen.

Gemeinderat Franz Christ erläutert zuerst die Vorgeschichte des Projekts. Der Gemeinderat habe sich in der letzten Legislatur eingehend mit der Standortfrage befasst und sich dafür ausgesprochen, in der Villa Cranz zu bleiben. Diese sei in der Nähe von Bahnhof und Bushaltestellen, habe eigene Parkplätze, nahe Verpflegungsmöglichkeiten für das Personal und sei für die Besucher ansprechend und einfach zu finden. Man habe auch weitere Möglichkeiten geprüft. Da das Gemeindehaus in einer Zone für öffentliche Nutzung stehe, wäre für einen Verkauf eine langwierige Umzonung nötig. Zudem müsste man für ein neues Gemeindehaus eine andere solche Zone haben oder etwas mieten. Man habe die Mietkosten hochgerechnet und festgestellt, dass diese bereits nach neun Jahren höher wären als der beantragte Sanierungskredit.

Nach über 40 Jahren Nutzungsdauer brauche es im Innern eine Grundsanierung. Das Gebäude genüge volumenmässig dem Bedarf der Gemeindeverwaltung, mit dem Ausbau des Dachstocks auch in Zukunft. Zu diesem Preis dürfte die Gemeinde kaum ein anderes so repräsentatives Gebäude finden.

Für das Sanierungskonzept gab es unter anderem Nutzerbefragungen. Gerade in der Pandemie habe sich gezeigt, dass es eine bessere Lösung für die Schalter mit Trennung von Büroräumen und Kundschaft brauche. Wichtig sei für die Energiestadt Interlaken auch die Energieeffizienz und der Ersatz der alten Ölheizung.

Nachdem der Gemeinderat das Geschäft im Oktober 2021 zurückgezogen habe, seien wie vom GGR gewünscht weitere Punkte geprüft und Varianten erarbeitet worden. *Franz Christ* verweist dazu auf die Unterlagen (Projektossier 2023). Der Gemeinderat erachte die Variante Gesamtprojekt als die richtige, zielführende Lösung. Stimme das Volk zu, sollte die gesamte Renovation bis Ende 2024 abgeschlossen sein. Die Minimalvariante sei eher eine Notoperationsvariante, bis das nächste nicht mehr funktioniere. Diese liege in abschliessender Kompetenz des GGR und brauche keine Volksabstimmung. Die Variante Etappierung bestehe aus der Minimalvariante und vier weiteren Etappen. Es sei eine logistische Grossaufgabe, bei laufendem Betrieb, mit wenigen provisorischen Containern im Garten und möglichst kleinem Zügelaufwand die Abläufe aufrechtzuerhalten. Das Gesamtprojekt koste 2,69 Millionen Franken, die Minimalvariante 532'000 und die Etappierung 2,86 Millionen. Letztere sei ein wenig teurer, aber vor allem mit grösseren Umtrieben und längerer Bauzeit verbunden.

Franz Christ verweist in Bezug auf den Zeitplan und die Kosten auf den Finanzplan 2023-2027, der auf der Website der Gemeinde zu finden ist. Auch der gute Bilanzüberschuss erlaube es, dieses Projekt, das eine Grundaufgabe der Gemeinde sei, nun umzusetzen.

Brigitte Grossniklaus, Verantwortliche Human Resources der Gemeindeverwaltung seit August 2022, ergänzt aus Sicht des Personals, dass die Mitarbeitenden am Standort sehr glücklich seien. Gute Erschliessung mit ÖV, Velo oder Auto, Parkmöglichkeiten, Verpflegungsmöglichkeiten – alles sei nah. Das Gleiche gelte auch für die Kunden. Aber durch Mängel an Arbeitsplätzen würden Unzufriedenheit und Unmut immer grösser. Dass heute Abend viele Mitarbeitende anwesend seien zeige die Wichtigkeit dieses Traktandums.

Im hart umkämpften Arbeitsmarkt sei es wichtig, die Mitarbeitenden zu halten. Wenn das nicht gelinge, versuche man qualifiziertes Personal zu gewinnen. Mit den aktuellen Arbeitsplätzen könne die Einwohnergemeinde nicht punkten. Der Arbeitsplatz sei ein wichtiger Entscheidungsgrund für den Anstellungsentscheid, die Arbeitskräfte könnten ihre Stelle heute auswählen.

Zu den Anforderungen an einen heutigen Arbeitsplatz gehörten etwa helle Räume, genügend Platz, z.B. für Arbeitsplatzsharing, ein passender Standort, eine ausgeglichene Temperatur in allen Jahreszeiten, Sicherheit und Gesundheitsschutz, ein Rückzugsort für Pausen und bei langen Arbeitstagen – dies erhöhe die Arbeitseffizienz und trage zur Gesundheit der Mitarbeitenden bei – und auch sanitäre Anlagen trügen zum Wohlbefinden bei.

Das Projekt Sanierung Gemeindehaus beinhalte alle wichtigen Anforderungen an einen modernen Arbeitsplatz. Es sei keine Highend-Lösung, sondern eine Anpassung an die heutigen Bedürfnisse der Mitarbeitenden und der Kunden. Eine Investition in die Zukunft. Die GGR-Mitglieder sollten Sorge tragen zu den 33 Mitarbeitenden und 5 Lernenden und zeigen, dass die Arbeit geschätzt werde und die Einwohnergemeinde Interlaken auch in Zukunft eine attraktive und moderne Arbeitgeberin sein wolle. Die Mitarbeitenden seien das grösste Kapital.

Pascal Viecelli, vom Ingenieur- und Beratungsbüro für Gebäudetechnik WELATEC Interlaken, erläutert die Situation der Heizung. Die Ölfeuerung stamme aus dem Jahr 2000 (man rechne mit Abschreibung über 15 Jahre, etwa ab 20 Jahren sei eine Sanierung fällig), ebenso die Regulierung, die Umwälzpumpen und Feldgeräte wie Mischventile oder Fühler. Die Heizung brauche ca. 9200 Liter Heizöl, was rund 24 Tonnen CO₂-Ausstoss pro Jahr bedeute. Das Hauptproblem sei, dass es keine Ersatzteile mehr gebe für den Heizkessel und die Regeltechnik. In letzter Zeit sei die Anlage mehrfach komplett ausgefallen. Es gebe auch Lagerschäden der Umwälzpumpen und man müsse jederzeit mit einem Ausfall rechnen. All dies zeige, dass die Betriebssicherheit der Anlage nicht mehr gewährleistet sei. Es werde zunehmend teurer, die Heizung am Laufen zu halten.

Der Weiterbetrieb dieses Kessels und der Steuerung sei keine Option. Man habe geprüft, was Sinn mache, und das Optimalste sei eine Luft-Wasser-Wärmepumpe. Heute sollte man primär auf eine erneuerbare Energie setzen und es gebe kaum Alternativen, da für eine Pelletsfeuerung der Platz fehle, Grundwasserwärmepumpen in diesem Gebiet nicht zulässig seien, Erdsondenwärmepumpen auch keine Option seien, und ein Fernwärmenetz gebe es hier auch nicht. Der erneute Einsatz einer Ölfeuerung wäre nach dem neuen Energiegesetz mit zusätzlichen Auflagen unter Umständen noch möglich, als Energiestadt aber ein falsches Signal. Die Wärmepumpenanlage habe zudem den Vorteil, dass sie reversibel – zur Produktion von Kaltwasser – betrieben und somit im Sommer zur Raumkühlung eingesetzt werden könne. Das wäre ein positiver Effekt für die Mitarbeitenden. An der Wärmeverteilung seien nur wenige Eingriffe vorgesehen, Rohrleitungen und Heizkörper würden weiterverwendet.

Stefan Kopp, Bering AG, zuständig für die Elektroplanung, führt die Schwerpunkte auf: der Ersatz der Etagen-Unterverteilungen, Neuverkabelungen für die Haustechnikanlagen, die Neuinstallation bzw. der Ersatz der Beleuchtungen sowie Anpassungen an die heutigen Normen wie FI- oder Brandschutz. Die Etagen-Unterverteiler seien 20-jährig oder älter und am Ende der Lebensdauer, der Ersatz von Komponenten sei teuer, es gebe keinen Platz für Ausbauten wie z.B. FI-Schutz und der Standort im Treppenhaus sei brandschutztechnisch nicht mehr erlaubt.

2021 habe die letzte periodische Kontrolle der Elektroinstallationen stattgefunden. Die Verteilungen seien als Sicherheitsrisiko eingestuft worden und es habe nur einen auf drei Jahre befristeten Sicherheitsnachweis gegeben im Hinblick auf die geplante Sanierung.

Die Beleuchtungen seien oft nicht geeignet für die heutigen PC-Arbeitsplätze, zum Teil gebe es zu wenig Licht. Müsse man etwas ersetzen werde es sofort teuer. Auch hier sei das Ende der Lebensdauer erreicht. Gewisse Leuchtmittel würden ab Ende August 2023 nicht mehr importiert werden können und nur noch die Lagerbestände erhältlich sein. Zwar könnten die FL-Leuchtmittel grundsätzlich durch sogenannte LED-Tubes ersetzt werden. Das mache jedoch bei grösseren Stückzahlen und Gesamt-sanierungen wenig Sinn, weil das alte Betriebsgerät in der FL-Leuchte verbleibe und wenn es ersetzt werden müsse sei dies kostenaufwändiger als eine neue LED-Leuchte.

Bei der normengerechten Installation gehe es darum, dass bei Elektroarbeiten die heutigen Normen erfüllt werden müssten. Hier gehe es vor allem um den Personen- und Brandschutz mittels Fehlerstromschutzschalter (FI). Dieser FI-Schutz sei aktuell mehrheitlich nicht gegeben und könnte mit dem Ersatz der Unterverteilungen realisiert werden. Insgesamt habe die Mehrheit der Installationen das Ende ihrer Lebensdauer erreicht.

Erich Häsler fragt nach, ob alle Leitungen nach 40 Jahre ersetzt werden müssten. *Stefan Kopp* erwidert, dass man diese in gewissen Abständen kontrollieren lassen müsse, aber so lange brauchen könne, wie keine Gefahr bestehe. Bei Sanierungen müssten dann die neuen Normen erfüllt werden. Beim Gemeindehaus mache es wenig Sinn, nur einzelne Komponenten zu erneuern.

Susanne von Hintzenstern fragt, ob auch eine Photovoltaikanlage geplant sei. *Franz Christ* antwortet, dass die Frage nach Solarpanels schon mehrfach gestellt und abgeklärt worden sei. Das Gebäude sei

denkmalgeschützt und habe verschiedene Dachschrägen und überall Lukarnen – für eine Solaranlage habe es keine geeignete Fläche und es würde von der Denkmalpflege nicht gestattet.

Eintreten wird nicht bestritten.

Andreas Dummermuth schildert, dass der Antrag für die Sanierung im Oktober 2021 praktisch aus dem Nichts gestellt worden sei, zu einem aufgrund der Unsicherheit der Pandemie äusserst ungünstigen Zeitpunkt. Eine Zustimmung hätte bei der Bevölkerung ein falsches Zeichen gesetzt. Immerhin gehe es um die Ausgabe von Steuergeldern. Die EVP/GLP-Fraktion danke dem Gemeinderat für die Prüfung der Etappierung und die erneute Gelegenheit zur Besichtigung, wo sie bereits wichtige Informationen erhalten hätten. Das Projekt sei jetzt zwar etwas teurer, aber aufgrund der wieder positiveren Zukunftsaussichten stimmten sie dem Gesamtprojekt zu. Gemäss den Erläuterungen mache eine Etappierung wenig Sinn.

Paul Michel erläutert, dass sich die FDP-Fraktion intensiv mit dem Geschäft auseinandergesetzt habe. Der GGR sei heute hier im Kunsthaus, weil in der Aula die Heizung ausgestiegen sei. Was, wenn die Heizung im Gemeindehaus ausfalle? Damit die Verwaltung weiter funktionieren könne, müssten zwingend Notmassnahmen getroffen werden, die viel Geld kosten. Provisorien wie überall im Gang hängende Kabel wären keine Visitenkarte für die Gemeinde. Die Verwaltung leiste gute Arbeit und habe Anspruch auf zeitgemässe, moderne Arbeitsplätze. In den letzten 40 Jahren sei im Gemeindehaus nur das Nötigste gemacht worden. Hätte der GGR 2021 zugestimmt, wäre es günstiger gekommen. Der Betrag sei im Finanzplan eingestellt und somit verkraftbar. Er sei auch optimistischer, da der Tourismus etc. wieder angezogen habe. Es sei bekannt, dass weitere Begehren auf die Gemeinde zukämen, wie Bödelibad und Eiszentrum. Der GGR werde sich damit befassen, wenn sie vorlägen. Aber das Gemeindehaus müsse jetzt zwingend gemacht werden. Deshalb unterstütze die Fraktion den Antrag für die Gesamtsanierung. Abschliessend könne der Souverän entscheiden.

Adrian Aulbach legt dar, dass die Fraktion SP/Grüne die verschiedenen Varianten diskutiert habe. Die grosse Mehrheit unterstütze den derzeitigen Standort. Am finanziell nachhaltigsten und günstigsten sei das Gesamtprojekt. Er hätte sich beim Thema Solar mehr Engagement gewünscht. Der Denkmalschutz sei schwierig, aber es gebe denkmalgeschützte Häuser mit Solaranlagen und die Südseite des Dachs sei von öffentlichem Grund praktisch nicht einsehbar. Man hätte mit dem Denkmalschutz weiter diskutieren sollen.

Marcel von Allmen meint, jemand müsse nun auch noch etwas gegen das Projekt sagen. Die Fraktion SVP/EDU sei einverstanden, dass das Projekt sauber ausgearbeitet sei und nichts günstiger käme als das Gesamtprojekt. Aber die finanzielle Situation habe sich noch nicht erholt und es brauche nicht viel, dann sei man wieder am gleichen Ort wie letztes Jahr. Es kämen weitere grosse Projekte, und der GGR müsse sich gut überlegen, wie er sich dann entscheide. Was könne sich die Gemeinde leisten? Man wolle nicht handlungsunfähig werden, weil das Stimmvolk dem Budget nicht mehr zustimme. In Bezug auf die Arbeitsplätze, die als nicht mehr zeitgemäss bezeichnet worden seien, weist er darauf hin, dass er beim zweitgrössten Arbeitgeber am Ort schlechtere Büros hätte und trotzdem Personal finde. Die Fraktion sei geteilter Meinung und habe deshalb Stimmfreigabe beschlossen. Er selbst könne aufgrund der hohen finanziellen Risiken nicht zustimmen.

Dorothea Simmler bemerkt, dass es in letzter Zeit bei den meisten Geschäften heisse „Ende der Lebensdauer“, so dass der GGR gar nicht anders könne als zuzustimmen. Natürlich würden sie den Angestellten moderne Büroräumlichkeiten an einem super Standort gönnen. Was sie störe sei, dass man immer in Zugzwang komme. Sie zweifle an den aufgeführten Pluspunkten. Sie befürchte, dass zu viel in dieses alte Haus investiert werde. Ihr gehe es nicht ums Geld, sondern darum, dass sie keine Alternative hätten. Es seien keine konkreten Überlegungen und Vorschläge für alternative Standorte präsentiert worden. Jetzt sei die Frage, sage der GGR ja und lege das Geschäft den Stimmberechtigten vor. Sie könne zum Ausbau der Villa Cranz nicht wirklich ja sagen. Zudem habe diese einen wunderschönen Umschwung, der ungenutzt sei. Sie könnte sich im Haus z.B. eine Kita vorstellen, die den Umschwung nutzen würde. Sie könne sich nicht vorstellen, dass das Gebäude auf längere Sicht gut geeignet sei für die Verwaltung.

André Chevrolet weist darauf hin, dass in diesem Geschäft zwei Faktoren wichtig seien. Für ihn sei der erste, der weiche Faktor wichtig. Der Arbeitsmarkt sei ausgetrocknet. Die Gemeinden müssten sich heute als Branche verbessern, um für junge Fachkräfte attraktiv zu sein. Der weiche Faktor, das Herz einer Gemeinde, sei nach seiner langen Erfahrung in der öffentlichen Hand ein Zentrum für die Exekutive, allenfalls Legislativmitglieder, Kommissionen und fürs Personal. Er habe seit mehr als zwei Jahren immer gewarnt, mit Verpflichtungskrediten vorsichtig umzugehen, aber dieses Geschäft sei für die Gemeinde wichtig. Für ihn überwiege der weiche Faktor gegenüber dem finanziellen, materiellen. Zudem liege hier eine Altlast, ein aufgestauter Unterhalt vor. Es brauche jetzt eine Vorwärtsstrategie. Die FDP werde vorsichtig sein bei den nächsten Krediten, der Finanzhaushalt dürfe nicht überstrapaziert werden, unabhängig vom Finanzplan, der sich laufend ändere (siehe Aula). Grundsätzlich würden weiche und harte Faktoren für die Zustimmung zu dieser Vorlage sprechen.

Roger Rügger wünscht vom Gemeinderat, dass vor der allfälligen Volksabstimmung die Bevölkerung die Möglichkeit zur Besichtigung des Gemeindehauses erhalte, damit vor Ort angeschaut werden könne, was geplant sei.

Franz Christ dankt für die zahlreichen positiven Voten. Die Standortfrage stehe für den Gemeinderat nicht zur Diskussion, zu diesem Preis bekomme man in den nächsten Jahren nichts Neues. Aber der GGR könnte einmal einen Auftrag erteilen, damit geplant werden könne und der GGR nicht überrascht wäre, wenn in 30 Jahren der Vorschlag komme, ein neues Gemeindehaus zu bauen. Man müsse mit den vorhandenen Mitteln haushälterisch umgehen, im Sinn der Bürger, und schiebe deshalb manches auf. Beim Gemeindehaus sei jetzt aber der Punkt erreicht, wo das nicht mehr gehe.

Beschluss:

Der Grosse Gemeinderat bewilligt zuhanden der Urnenabstimmung für die Sanierung des Gemeindehauses (Umsetzung Gesamtprojekt) einen Ausführungskredit von CHF 2'850'000.00.

(23:3 Stimmen)

4 S1.13 Schulraumplanung, Schulplanung, Klassenbestände, Liegenschaften

Interpellation Amacher, Abklärung eines Zusammenschlusses der Schulen der erweiterten Bodeligemeinden, Beantwortung

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Die Fragen der Interpellation Amacher vom 28. Juni 2022 werden wie folgt schriftlich beantwortet (*kursiv* = Fragen der Interpellation):

Die Schul- und Bildungskommissionspräsidien der erweiterten Bodeligemeinden (Bönigen, Därligen, Goldswil, Leissigen, Matten, Ringgenberg, Unterseen und Wilderswil) sowie die Schulleitung Interlaken wurden um eine Rückmeldung zu Frage 4 gebeten und erhielten gleichzeitig die Gelegenheit, sich auch zu den weiteren Fragen zu äussern. Eine Gemeinde hat auch nach erneuter Rückfrage nicht auf die Anfrage reagiert. Die Bildungs- und Kulturkommission einer weiteren Gemeinde hat beschlossen, auf diese Fragen nicht einzugehen. Unter Berücksichtigung der eingegangenen Rückmeldungen können die Fragen der Interpellation (*kursiv*) wie folgt beantwortet werden.

1. *In welchen Bereichen und in welchem Ausmass könnten bei einem Zusammenschluss der Schulen Ressourcen gemeinsam genutzt bzw. Synergien entstehen (z. B. Schulraum, Lehrpersonal, Heilpädagogen, Sonderklassen, Integration, Deutsch als Zweitsprache, Verwaltung, etc.)?*

Aus einem Zusammenschluss der Schulen würden nur in bescheidenen Mass Synergien entstehen. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler sowie des Schulpersonals würde sich auch bei einem Zusammenschluss nicht ändern, somit auch nicht wesentlich der Bedarf an Schulraum und Ressourcen.

Gewisses Potential für Synergien bieten allenfalls folgende Bereichen:

- Fortbildung des Lehrpersonals
- Materialeinkauf (z.B. ICT)
- Integration
- Deutsch als Zweitsprache
- Sonderklassen

Bei einem Zusammenschluss der Verwaltung wird davon ausgegangen, dass sich Einsparungen und zusätzlicher Aufwand die Waage halten würden. Zudem zeigt die Erfahrung, dass Zusammenarbeit in der Verwaltung auch Konfliktpotential in sich birgt.

Nur wenn mit einer Zusammenlegung die Schulstandorte auf wenige Standorte reduziert würden, ist längerfristig von Einsparungen auszugehen. Hierfür wären vorab grosse Investitionen in die Infrastruktur nötig.

Durch die Zusammenarbeit in den Bereichen der Sekundarstufe I, des Spezialunterrichts Jungfrauregion und der Schulsozialarbeit Bödeli werden bereits heute Synergien genutzt.

Die Zusammenarbeit mit den Schulen der anderen Gemeinden funktioniert in praktisch allen Bereichen sehr gut. Die Kommunikation läuft transparent und zeitnah ab, unter den Schulleitungen besteht ein offener und aktiver Austausch. Auch die Möglichkeit Angebote Schulübergreifend zu organisieren wird bereits heute genutzt. Viele Präventions-, Eltern- und Berufswahlanlässe oder kulturelle Angebote werden erfolgreich gemeinsam durchgeführt.

2. *Wo könnten sich Verbesserungen für die Schülerinnen und Schüler (Eltern) ergeben (Willkommensklassen, Schulwege, Umzug, Umgang mit verhaltensoriginellen jungen Menschen, Integrative Förderung, etc.)?*

Für die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern gäbe es kaum Verbesserungen. Abhängig davon, in welcher Form eine Zusammenlegung umgesetzt würde, ist eher mit Verschlechterungen zu rechnen:

- Gegebenenfalls längere und gefährlicherer Schulweg (Risiko von mehr Elterntaxis)
- anstelle von persönlichen Ansprechpersonen einen grösseren unpersönlichen Verwaltungsapparat
- komplizierte und möglicherweise auswärtige Schulstruktur
- weniger Flexibilität

Ein Vorteil könnte allenfalls darin bestehen, dass ein Umzug in eine andere Gemeinde nicht zwingend mit einem Schulwechsel verbunden ist. Gleichzeitig könnte damit vermieden werden, dass auf Grund von Problemen mit der Schule in eine andere Gemeinde umgezogen wird, nur damit ein Kind die Schule wechseln kann.

Wo sinnvoll gibt es schon heute einen regen Austausch zwischen den Schulen und eine gut funktionierende Zusammenarbeit. Beispiele:

- Willkommensklassen
- Timeouts an anderen Schule für verhaltensoriginelle Schülerinnen und Schüler

3. *Wie könnte sich dies auf den Lehrermangel auswirken (attraktiverer Arbeitsort)?*

Es gibt Lehrpersonen, die an grösseren oder kleineren Schuleinheiten arbeiten möchten. Zentral für die Suche der Lehrpersonen ist die Attraktivität der Schule und nicht deren Grösse. An grösseren Schulen gibt es zudem tendenziell jährlich mehr Fluktuation, also auch mehr Lehrpersonen, die neu gesucht werden müssen. Sollten Lehrpersonen auf Grund des Zusammenschlusses in diversen Schulhäusern arbeiten müssen, verliert der Arbeitsort eher an Attraktivität. In der Praxis würde dies die bereits komplexe Stundepiangestaltung eher erschweren und der Orts- und Teamwechsel bei den Lehrpersonen vermutlich auf Widerstand stossen.

An den einzelnen Schulen finden wir heute ein eingespieltes Team von Lehrpersonen, die sich einander verpflichtet fühlen und sich mit der Schule, den Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern identifizieren.

4. *Welche der oben genannten Gemeinden könnten Interesse an einem Zusammenschluss der Schulen haben bzw. könnten sich vorstellen Verhandlungen darüber zu führen?*

Keine der oben genannten Gemeinden hat Interesse an einem Zusammenschluss der Schulen signalisiert. Einem möglichen Zusammenschluss stehen die angefragten Gemeinden sehr kritisch gegenüber. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass die politische Akzeptanz einer solchen Lösung als praktisch inexistent erachtet wird.

5. *Welche Nachteile könnten aus einem Zusammenschluss entstehen (z. B. Gründe für die Auflösung der Sekundarstufe Interlaken-Matten SIM)?*

Aus den Rückmeldungen der Gemeinden gingen folgende Nachteile hervor:

- Die einzelnen Schulen würden ihre Eigenständigkeit verlieren.
- Die Gemeinden müssten ihre Entscheidungsgewalt abgeben.
- Es ist damit zu rechnen, dass die Kosten pro Schülerin / Schüler steigen würden.
- Auflösung bestehender Vertrag mit der Gemeinde Interlaken betreffend der Sekundarstufe I
- sinkende Standortattraktivität
- Verwaltungsaufgaben steigen
- Bürokratischer Aufwand wird grösser (Absprachen...)
- Beziehungen zwischen allen Beteiligten können weniger gepflegt werden.
- Übergeordnetes Recht: Im Kanton Bern ist die Schulung am Wohnort vorgesehen.
- Gremien werden grösser. Folglich müssen mehr Absprachen erfolgen.
- Diskussionen über Zuteilungen nehmen zu.
- Fehlende Schule im Dorf bringt weniger Leben und verbindet weniger Alt und Jung.
- Schülertransporte (Kostenfaktor)
- Es müssten Schulen mit Mensa ähnlichen Charakter eingebaut werden, weil die grösste Anzahl von Kindern nicht mehr am Mittag nach Hause können.
- Der Kontakt Eltern und Lehrer wird noch weniger gepflegt, Schulen werden zu gross und unpersönlich.
- erfordert grosse Sanierungsarbeiten respektive Neubauten
- Identifizierung mit der Gemeinde und den kulturellen Gegebenheiten fallen weg.
- Anpassung aller Reglemente
- Das Ganze wäre ein sehr zeitaufwändiges wie auch auf der Zeitachse sich hinziehendes Vorhaben.
- Mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit würde eine Reduktion oder Aufgabe des Schulbetriebs in den kleineren, umliegenden Gemeinden durch die Bevölkerung nicht akzeptiert.
- Für eine Gemeinde ist das Dasein einer Schule eine sehr wichtige Angelegenheit. Es ist ein Standortvorteil für die Ansiedlung von Familien.
- Identitätsverlust der einzelnen Schulen
- drohende Kündigungen von Lehrpersonen
- Schliessungen von kleineren Standorten oder höhere Kosten durch Anstellung einer zusätzlichen Generalschulleitung.
- Die insgesamt negativen Erfahrungen im Zusammenhang mit dem ehemaligen Zusammenschluss der Sekundarschulen Interlaken und Matten (SIM) hatten 2002 zu deren Auflösung geführt. Die Rahmenbedingungen der Gemeinden und allgemein in der Volksschule des Kantons Bern haben sich seither nicht grundlegend geändert. Wir gehen deshalb davon aus, dass ein politisch erzwungener Zusammenschluss wiederum vor allem viel organisatorischen und zeitlichen Aufwand mit sich bringen würde.
- Die Schulqualität insgesamt und die Attraktivität des Arbeitsplatzes würden darunter leiden.
- Ein Schulkörper dieser Grössenordnung läuft Gefahr, einen aufgebauchten Verwaltungsapparat zu generieren.
- Die Schulorganisation würde unpersönlich, unübersichtlich und träge.
- Inakzeptanz der Bevölkerung/Gemeinden

- Neustrukturierung und Abbau der Schulen in angrenzenden Gemeinden

6. *Wie könnte das Mitspracherecht der einzelnen politischen Gemeinden bei einer zusammengeschlossenen Schule geregelt werden?*

Gemäss Artikel 5, Absatz 2 im Volksschulgesetz (VSG) können Gemeinden das Volksschulwesen an Unterabteilungen übertragen, sich zur Erfüllung dieser Aufgabe mit andern Gemeinden vertraglich verbinden oder sich zu Gemeindeverbänden zusammenschliessen.

Abhängig von der gewählten Zusammenarbeitsform wäre das Mitspracherecht der einzelnen politischen Gemeinden durch Delegierte, Abgeordnete in ein entsprechendes Gremium detailliert zu regeln. Die Aufgaben und Kompetenzen dieses Gremiums müssten gut durchdacht und genau definiert werden. Auf Grund der Grösse und Komplexität dieser Organisation bräuchte es für die Leitung unbedingt Profis mit dem entsprechenden Know-How.

Fazit:

Aus den Antworten der erweiterten Bodeligemeinden geht hervor, dass die jetzigen Zusammenarbeitsformen in den Bereichen der Sekundarstufe I, des Spezialunterrichts Jungfrauregion und der Schulsozialarbeit Bodeli geschätzt und als sinnvoll erachtet werden. Ein Interesse für einen Schulzusammenschluss besteht jedoch nicht, da die Nachteile überwiegen und ein Zusammenschluss kaum politische Akzeptanz finden würde.

Sabrina Amacher übergibt die Sitzungsleitung an die erste Vizepräsidentin, da sie als Interpellantin eine kurze Erklärung abgeben möchte. Sie bedankt sich ganz herzlich bei allen Gemeinden, die sich die Zeit genommen haben ihre Fragen zu beantworten, und bei der Verwaltung, die die Antworten zusammengefasst hat. Die Antworten seien sehr ernüchternd ausgefallen, jedoch sehr aufschlussreich und informativ. Sie verstehe die Argumentation der einzelnen Gemeinden sehr gut, dass sich für sie mehr Nachteile als Vorteile ergeben würden und zudem die Standortattraktivität abnehme, wenn ein Dorf keine eigene Schule mehr habe. Allerdings hätten gewisse Gemeinden mögliche Synergien erwähnt. Darum möchte sie dem Gemeinderat beliebt machen, den Punkt Informatik weiter zu verfolgen. Dort sehe sie grosses Potenzial, wenn mehrere Gemeinden zusammen z. B. eine Fachperson einstellen könnten, die sich zu 100% diesem Thema widmen könnte, damit möglichst wenig Missbrauch geschehe und die Fachlehrperson, die derzeit zuständig sei, entlastet würde. Auch könnten sicherlich andere Preise ausgehandelt werden, wenn mehr Lizenzen und Geräte zusammen eingekauft würden. Einen weiteren Punkt sehe sie bei den Sonderklassen; dass hier gemeindeübergreifend Ressourcen genutzt und eventuell auch gemeinsame Klassen geführt werden könnten.

Anja Liechti gibt die Sitzungsleitung wieder zurück.

5 B3.E Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)

Orientierungen/Verschiedenes

Kenntnisnahme einer Abrechnung

G-Nr. 3820

Kanalisationserneuerung Postplatz-Kreuzung Savoy inkl. private Hausanschlüsse (Gemeinderat vom 21.12.2022)

Bewilligte Kreditsumme	GR 07.10.2015	CHF	36'000.00
	Urne 26.11.2017	CHF	530'000.00
	GR 04.07.2018	CHF	90'000.00
	GR 16.09.2020	CHF	1'120'000.00

Total Bewilligte Kreditsumme	CHF 1'776'000.00
Bruttoinvestitionen oder Investitionsbetrag	CHF 964'410.65
Kreditunterschreitung	<u>CHF -811'589.35</u>

Bemerkungen:

7201.6370.17 Kanalisation Postplatz-Kreuzung Savoy (AP2), Beiträge Liegenschaftsentwässerung CHF 19'110.45 exkl. MWST + CHF 1'471.50 MWST = CHF 20'581.95 inkl. MWST

Beantwortung von Anfragen

G-Nr. 3944

Anfrage Manuela Nyffeler-Lanker, Sporthalle Gymnasium (Gemeinderat vom 23.11.2022)

Die Anfrage von Manuela Nyffeler-Lanker vom 28. Juni 2022 wird wie folgt schriftlich beantwortet:
"Bereits im September 2021 wurden die Fremdmieten der Turnhallen Gymnasium Interlaken durch den Bereich Bildung wie folgt informiert:

Neubau Turnhallen des Gymnasiums Interlaken

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Projekt "Neubau Dreifachsporthalle Gymnasium Interlaken" nimmt konkrete Formen an. Geplant ist ein Baustart ab Frühjahr 2023 – vorbehaltlich positivem Beschluss durch den Grossen Rat des Kantons Bern. Die Bauphase dauert 1 bis 1 ½ Jahre.

Es versteht sich von selbst, dass während dieser Zeit keine Turnhallen bei Gymnasium Interlaken zur Verfügung stehen werden. Aus diesem Grund weisen wir Sie ausdrücklich darauf hin, dass die aktuellen Bewilligungen noch bis 31. Juli 2022 (Ende Schuljahr 2021/2022) oder entsprechend der angegebenen Zeitdauer auf Ihrer Bewilligung normal weiterlaufen. Momentan ist noch unklar, ab wann genau mit dem Bau begonnen werden kann. Deshalb wird im Sommer 2022 entschieden, ob die Winterbewilligungen 2022/2023 noch normal erteilt werden können, oder ob die Hallen bereits zu diesem Zeitpunkt geschlossen werden.

Es ist auf jeden Fall ratsam, dass während der Bauzeit eine Alternativlösung von Ihren Vereinen gesucht wird. Das geplante Provisorium ist lediglich für den Schulbetrieb vorgesehen. Die geplante Eröffnung der neuen Dreifachhalle ist auf Beginn Schuljahr 2024/2025 geplant. Die neuen Vermietungen werden dann via das Sekretariat des Gymnasiums abgewickelt.

Anfang Dezember 2021 erhielt der Bereich Bildung auf Nachfrage hin vom Gymnasium den neuen Bescheid, dass die Turnhallen des Gymnasiums bis 31.12.2022 normal genutzt werden können. Die Jahresmieter wurden umgehend entsprechend informiert. Praktisch alle angefragten Vereine waren froh um diese Fristverlängerung, haben aber im Gegenzug auch darüber informiert, dass sie sich ab 01.01.2023 bereits anderweitig organisieren konnten.

Mitte Juni 2022 stand fest, dass die Turnhallen des Gymnasiums noch bis zum 31.03.2023 genutzt und vermietet werden können. Daraufhin hat der Bereich Bildung sämtliche Fremdmieten des Wintersemesters erneut kontaktiert und ihnen die Möglichkeit zur Miete der Hallen bis Ende März angeboten. Bisher ging jedoch nur von zwei Vereinen eine Rückmeldung ein, dass sie dieses Angebot gerne nutzen werden. Die Jahresmieter wurden bewusst nicht erneut angeschrieben, da sie laut ihrem Bescheid vom Dezember 2021 bereits andere Lösungen gefunden haben.

Die Gemeinde Interlaken verfügt über keine Sporthallen, die sie den Vereinen als Alternative anbieten kann. Während der Umbauphase reichen die Kapazitäten kaum für den Schulsportunterricht aus, und auch ausserhalb der Unterrichtszeiten sind die Schulsporthallen bereits durch bestehende Fremdmieten sehr stark belegt.

G-Nr. 9541

Anfrage André Chevrolet, Gasstrategie der IBI AG (Gemeinderat vom 21.12.2022)

Die Anfrage von André Chevrolet vom 28. Juni 2022 wird mit der Stellungnahme der IBI AG vom 2. Dezember 2022 beantwortet (s. Beilage).

Wortmeldungen aus dem Gemeinderat

Gemeinderat Peter Michel informiert, dass die Barrierenschrankenanlage beim Rosenparkplatz abgebaut wurde. Die Reparatur eines Münzautomaten wäre fast teurer gewesen als die neuen Parkuhren. Die oberirdischen öffentlichen Parkplätze in Interlaken seien nun alle barrierefrei. Sie seien alle app-tauglich – SEPP wurde abgestellt, aber man habe vier andere Apps, auch Twint gehe – und auch münz-tauglich. Um bei einer Störung auf der sicheren Seite zu sein, gebe es zwei neue Parkuhren.

Verabschiedung

Ratspräsidentin Sabrina Amacher verabschiedet Aimé Mühlemann, der in Deutschland studiere und nicht mehr anwesend sei. Das Jugendparlament sei aufgefordert, eine oder zwei neue Vertretungen zu bestimmen.

Wortmeldungen aus dem Rat

André Chevrolet dankt für die Antwort des Gemeinderats bzw. der IBI AG betreffend Gasversorgung. Diese sei inhaltlich sehr aussagekräftig, leider etwas spät, die Situation habe sich bereits wieder entspannt. *Vizegemeindepräsident Kaspar Boss* wird den Dank gern an die IBI weiterleiten.

Michelle Trafelet fragt bezüglich Des Alpes, ob mittlerweile ein Mietvertrag mit dem neuen Pächter unterschrieben worden sei und wenn ja wofür, da ein Teil bereits laufe. *Vizegemeindepräsident Kaspar Boss* antwortet, es sei noch kein Mietvertrag unterschrieben worden, das sei aktuell aber auch nicht nötig, da im Vorvertrag respektive der Absichtserklärung auf Stufe Vorvertrag alle Perimeter des Mietvertrags geregelt seien. Der Mietvertrag könne erst abgeschlossen werden, wenn der Mietbeginn feststehe, und der Zeitpunkt werde erst jetzt langsam klar. *Gemeinderat Peter Michel* ergänzt zum Baufortschritt, dass man im Zeitplan sei. Geplant sei die Eröffnung im Frühling, der genaue Zeitpunkt werde vom neuen Pächter festgelegt.

Schluss der Sitzung: 20:15 Uhr

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Die Stimmzählenden